

TERMINE

Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

Nationale Gesetze und Verordnungen (laufende Verfahren)

Krankenhausreform	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Krankenhausplanung nach bundeseinheitlichen Leistungsgruppen ▪ Einführung einer Vorhaltevergütung ▪ Level I-i-Krankenhäuser als sektorenübergreifende Versorger 	
10.07.2023	Gemeinsame Eckpunkte von Bund und Ländern
06.12.2022	Regierungskommission legt Stellungnahme „Grundlegende Reform der Krankenhausvergütung“ vor

Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz – GVSG) - zustimmungsfrei -	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung von Gesundheitskiosken auf alleinige Initiative der Kommune, Finanzierung zu 74,5 Prozent durch die GKV ▪ Gründung von Primärversorgungszentren (PVZ) als besonderes hausärztliches Angebot, die mit Kommunen und lokalen Leistungserbringern kooperieren sollen ▪ Etablierung von Gesundheitsregionen als Alternative zur Regelversorgung zur sektorenübergreifenden Vernetzung der Versorgungsakteure, Finanzierung jeweils hälftig von der GKV und der jeweiligen Kommune ▪ GKV-Spitzenverband soll verpflichtende Vorgaben zur Transparenz über die Servicequalität, bspw. hinsichtlich der Bearbeitungsdauer von Anträgen der Kassen, machen 	
15.06.2023	Referentenentwurf

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz – DigiG) - zustimmungsfrei -	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Flächendeckende Einführung der elektronischen Patientenakte ab dem 15.01.2025 für jeden Versicherten, Deaktivierung nur noch bei ausdrücklichem Widerspruch (Opt-Out) ▪ E-Rezept soll künftig auch über die ePA-Apps der Krankenkassen eingelöst werden können ▪ Mindestens 20 Prozent des Vergütungsbetrags von DiGA soll künftig erfolgsabhängig ermittelt werden ▪ Begrenzung der Videosprechstunden auf maximal 30 Prozent der ärztlichen Arbeitszeit wird aufgehoben 	
15.06.2023	Referentenentwurf

Gesetz zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten (Gesundheitsdatennutzungsgesetz – GDNG) - zustimmungsfrei -	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kranken- und Pflegekassen können versichertenindividuelle Versichertendaten nutzen (z. B. Arzneimitteltherapiesicherheit, Krebsfrüherkennung) ▪ Einrichtung zentraler Datenzugangs- und Koordinierungsstelle für Gesundheitsdaten beim BfArM ▪ Verfügbarkeit von Daten im Forschungsdatenzentrum wird erhöht und deren Nutzung vereinfacht 	

- BfDi erhält Datenschutzaufsicht über Kranken- und Pflegekassen - Einführung einer federführenden Datenschutzaufsicht in der Versorgungs- und Gesundheitsforschung

09.06.2023

Referentenentwurf

Gesetz zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes, zur Änderung des Strompreisbremsengesetzes sowie zur Änderung weiterer energiewirtschaftlicher und sozialrechtlicher Gesetze

- zustimmungsfrei - bes. eilbedürftig -

- Von den bereitgestellten 4,5 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds werden kurzfristig 2,5 Mrd. Euro pauschal über das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) an alle Krankenhäuser verteilt
- Regelungen zur verpflichtenden Energieberatung für Krankenhäuser sowie für voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen werden präzisiert

Am Tag nach der Verkündung

Inkrafttreten

07.07.2023

2. Durchgang Bundesrat

23.06.2023

2./3. Lesung Bundestag

14.06.2023

Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie

25.05.2023

1. Lesung Bundestag

12.05.2023

1. Durchgang Bundesrat

05.04.2023

Kabinettsbeschluss

Gesetz zur Stärkung der hochschulischen Pflegeausbildung, zu Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse in der Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften

(Pflegestudiumstärkungsgesetz – PfiStudStG)

- zustimmungspflichtig -

- Pflegestudium wird als duales Studium ausgestaltet: Finanzierung des praktischen Teils und der Vergütung für Studierende für das gesamte Studium über das bestehende Finanzierungssystem der beruflichen Pflegeausbildung (Ausgleichsfonds in den Ländern)
- Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte werden weiter vereinheitlicht und vereinfacht

Am Tag nach der Verkündung

Inkrafttreten

07.07.2023

1. Durchgang Bundesrat

24.05.2023

Kabinettsbeschluss

05.04.2023

Referentenentwurf

Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln

(Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfung- und Versorgungsverbesserungsgesetz – ALBVVG)

- zustimmungsfrei - bes. eilbedürftig -

- Einführung eines Frühwarnsystems, um drohende Lieferengpässe frühzeitig zu erkennen und zu verhindern
- Vorgaben für Lagerverpflichtungen für rabattierte Arzneimittel
- Erhöhung der Verfügbarkeit von versorgungskritischen Arzneimitteln durch gezielte finanzielle Impulse und Änderungen im Festbetragssystem
- Anpassung der Preisgestaltung und Rabattvertragsverbot bei Kinderarzneimitteln und Schaffung von Anreizen, um die Wirkstoffproduktion (von Antibiotika) wieder nach Europa zu verlagern
- Neuregelungen bei der Retaxierung

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klarstellung zur Zusatznutzenbewertung bei „therapeutischen Solisten“ 	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
07.07.2023	2. Durchgang Bundesrat
23.06.2023	2./3. Lesung Bundestag
12.06.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
24.05.2023	1. Lesung Bundestag
12.05.2023	1. Durchgang Bundesrat
05.04.2023	Kabinettsbeschluss
14.02.2023	Referentenentwurf
16.12.2022	Eckpunkte

Gesetz zum Schutz von Kindern vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt (Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz – KLWG)

- zustimmungspflichtig -

- Verbot von an Kinder gerichteter Werbung oder Sponsoring für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
11.05.2023	Aktualisierter Referentenentwurf
14.02.2023	Referentenentwurf

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG)

- zustimmungspflichtig -

- Ausweitung des unmittelbaren Gültigkeitsbereiches des Onlinezugangsgesetzes auf Krankenkassen und gesamte Sozialversicherung
- Krankenkassen werden zu unmittelbarer Anbindung an das Bürgerkonto des Bundes verpflichtet

07.07.2023	1. Durchgang Bundesrat
24.05.2023	Kabinettsbeschluss
20.01.2023	Referentenentwurf

Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CannG)

- zustimmungsfrei -

- In einem ersten Schritt sollen der Anbau in nicht-gewinnorientierten Vereinigungen und der private Eigenanbau bundesweit ermöglicht werden
- Die Abgabe in Fachgeschäften wird in einem zweiten Schritt als wissenschaftlich konzipiertes, regional begrenztes und befristetes Modellvorhaben umgesetzt

05.07.2023	Referentenentwurf
28.04.2023	Arbeitsentwurf
12.04.2023	Neue Eckpunkte der Bundesregierung
25.10.2022	Eckpunkte der Bundesregierung

EU-Gesetzgebung

EU-Pharmapaket

- Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für Arzneimittel u. a. mit folgenden Kernelementen:
 - Stärkung der Verfügbarkeit und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln
 - Bewahrung eines innovationsfreundlichen Umfelds für Forschung, Entwicklung und Herstellung von neuen Arzneimitteln in der EU
 - Behebung von Arzneimittelengpässen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit
 - Einführung von Investitionsanreizen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel
 - Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenzen

13.06.2023	Beschluss des Rates zur Annahme der Empfehlung zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen
26.04.2023	Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Richtlinie und eine neue Verordnung Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen